

# DER WOHLFAHRTSSTAAT IN SÜDKOREA | Historische Entwicklung und Ausblick (Teil 2)

*Yun-Tae Kim; Misun Han-Broich*

**Zusammenfassung** | Der Beitrag schließt an den ersten Teil des Berichts in der Ausgabe 2.2017 dieser Zeitschrift an, in dem die Entwicklung des sozialen Wohlfahrtsstaats in der Republik Korea beschrieben wurde. Im Folgenden werden die Entwicklungen seit der Wirtschaftskrise nach 1997 nachgezeichnet und es wird auf die derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen staatlicher Wohlfahrt eingegangen.

**Abstract** | The article connects to the first part of the report, issue 2.2017, on the development of the social welfare system in the Republic of Korea. It describes the developments in the aftermath of the economic crisis in 1997 and thereafter. The focus lies on the political and social circumstances for social welfare in Korea.

**Schlüsselwörter** ► Republik Korea  
► Südostasien ► Sozialstaat  
► historische Entwicklung ► Sozialpolitik

**Neuere Entwicklungen im koreanischen Wohlfahrtssystem** | Die zwischen 1998 und 2008 in Korea durchgeführten Wohlfahrtsreformen folgten weniger europäischen Vorbildern als vielmehr dem Muster der „workfare“ der US-amerikanischen Regierung unter Präsident *Bill Clinton* beziehungsweise der „welfare to work“ der britischen Regierung unter Premierminister *Tony Blair*. Diese auch als „dritter Weg“ bezeichnete Sozialpolitik plädiert für die Kooperation von Staat, Markt und Zivilgesellschaft und betont gleichzeitig Rechte und Pflichten des Individuums. Die beiden Konzepte ähnelten einander dahingehend, dass sie durch die Wohlfahrtsreform die Abhängigkeit der Empfängerinnen und Empfänger von der Sozialhilfe zu vermindern und die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung des Individuums zu stärken versuchten.

Die konservative Regierung Koreas unter Präsident *Lee Myung-bak* (2008-2013) proklamierte im Sinne des sozialen Investitionsstaats eine aktive Sozialpolitik mit den Programmpunkten der Beseitigung der Zone des toten Winkels in den Sozialversicherungen,

Beschaffung neuer Arbeitsplätze, Vorbeugung des Karrierebruchs bei Frauen, Unterstützung der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, Verstärkung der Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung sowie einer Reduktion der privaten Bildungskosten.

Trotzdem erreichten die Sozialausgaben in Korea nicht einmal die Hälfte des OECD-Durchschnitts. Die Sozialausgaben pro Kopf der Bevölkerung betrugen zirka 2000 Dollar, was weit unter dem Niveau der USA (zirka 7500 US-Dollar) oder gar demjenigen Nordeuropas (zirka 10000 US-Dollar) liegt. Die OECD-Staaten stellen durchschnittlich zirka 40 Prozent ihrer Regierungsetats für Wohlfahrtsausgaben zur Verfügung, während in Korea hierfür lediglich 25 Prozent des Regierungsetats vorgesehen sind.

In Korea werden die meisten sozialen Dienstleistungen durch private Betreiber erbracht (*Peng* 2009), da der Anteil des staatlichen Wohlfahrtservice als direkter Leistungserbringer sehr niedrig ist. Freilich hat sich die Erbringung sozialer Dienstleistungen gewandelt. Altenpflege und Kinderbetreuung wurden traditionell als Bereich der familiären Fürsorge betrachtet, wobei die Leistungen von weiblichen Familienmitgliedern erbracht wurden. Die meisten Pflege- und Betreuungsdienstleistungen werden jedoch extern, außerhalb der Familie angeboten. Durch die kürzlich eingeführten Leistungen der institutionellen Kinderbetreuung und einer Altenpflegeversicherung nahm die Bedeutung der Familienfürsorge weiter ab.

Der koreanische Staat sieht sich jedoch nur für die Regelung und Kontrolle der Preise, des Personals und der Ausstattungen zuständig. Die direkten Erbringer der sozialen Dienstleistungen sind gewinnorientierte private Kindertagesstätten und private Altenpflegeeinrichtungen. Deshalb sind die koreanischen sozialen Dienstleistungen als privatzentrierter Wohlfahrtsmix anzusehen. 2012 wurde die Regierung von *Park Geun-hye* ins Amt gewählt und regiert seit ihrer Einführung 2013 mit dem Versprechen der Wirtschaftsdemokratisierung und des Wohlfahrtsausbaus. Trotz ihrer Zugehörigkeit zur konservativen Partei kam Präsidentin *Park Guen-hye* an die Macht, da sie im Wahlkampf einen aktiven Ausbau der Wohlfahrtsprogramme wie zum Beispiel eine Verdopplung der Volksmindestsicherung, die der deutschen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vergleichbar ist, für alle alten Menschen versprochen hatte. Der Gesamtetat der

Regierung für den Bereich Gesundheit, Soziales und Beschäftigung wurde in der Folge rasch erhöht, so dass der Sozialhaushalt 2014 zum ersten Mal 100 Billionen Won (zirka 66,6 Milliarden Euro) überstieg.

Viele Versprechen aus dem Wahlkampf wurden jedoch nicht oder nur unzureichend eingelöst. Die zugesicherten Volksmindestsicherung als monatliche Basisrente von 200 000 Won (zirka 140 Euro), die alle älteren Menschen ab 65 erhalten sollten, wurde lediglich an 70 Prozent aller Älteren, die ansonsten nur über ein sehr niedriges Einkommen verfügen, in unterschiedlicher Höhe ausgezahlt. Obendrein wurde die Volksmindestsicherung mit der Volksrente in Verbindung gebracht, so dass denjenigen mit einer längeren Rentenversicherungszeit eine geringere Volksmindestsicherung gewährt wird. Angesichts der Tatsache, dass die Lohnersatzquote der Volksrente in Korea mit nur 40 Prozent sehr niedrig ist, ist die allgemeine Alterssicherung in Korea immer noch sehr gering.

Anfangs hatte die Präsidentin *Park Geun-hye* versprochen, staatliche und öffentliche Kindertagesstätten innerhalb von fünf Jahren um fünf staatlich-öffentliche auszubauen und eine institutionelle Betreuung für alle Kinder von bis zu fünf Jahren unter staatlicher Obhut einzuführen. Der Staat sollte die Kinderbetreuungskosten für Kinder bis zu zwei Jahren vollständig übernehmen und eine Unterstützung für die Kindergartenerziehung für Drei- bis Fünfjährige gewähren. Aber die meisten Kinderbetreuungseinrichtungen, nämlich über 95 Prozent, werden von privaten Betreibern geführt und von der Regierung lediglich subventioniert. Im Zuge der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft wird auch diskutiert, dass die Voraussetzungen für mehr Frauenbeschäftigung verbessert werden sollen. Dennoch werden kaum nennenswerte Anstrengungen unternommen, den Babyurlaub insbesondere bei Angestellten in privaten Betrieben zu garantieren.

Gemäß ihrem Wahlprogramm wollte die Regierung unter *Park Guen-hye* die damalige Beschäftigungsquote von 60 auf 70 Prozent erhöhen. Als konkrete Maßnahme dafür wurde die Ermöglichung beziehungsweise Erweiterung der Teilzeitbeschäftigung insbesondere von Frauen vorgestellt. Sie verpflichtete die öffentlichen Arbeitgeber, ab 2014 acht bis neun Prozent der Neuanstellungen als Teilzeitstellen zu

besetzen. Mit dieser Maßnahme wurde der erhoffte Erfolg jedoch nicht erzielt, da Teilzeitarbeit nicht als Chance zur Vorbeugung des Karrierebruchs von Frauen, sondern eher als eine weit verbreitete Arbeitsform im Niedriglohnsektor und in instabilen Beschäftigungsverhältnissen angesehen wird. Auch unter der Regierung *Park Geun-hye* nehmen die Sozialausgaben stetig zu, was jedoch zum größten Teil auf die Zunahme der Pflichtausgaben infolge der Alterung der Gesellschaft zurückzuführen ist.

Über die Zukunftsperspektive des koreanischen Wohlfahrtsstaats gibt es, je nach sozialer Herkunft, Interessensvertretung oder Parteiinteressen, verschiedene Standpunkte:

▲ Einerseits präferieren (Groß-)Unternehmen, Wirtschaftsministerien und konservative Parteien eine relativ liberale Sozialpolitik. Danach soll die Staatsfürsorge möglichst reduziert werden, um die Steuerlast zu minimieren und die Eigenverantwortung des Individuums zu betonen. Das Wohlfahrtssystem soll sich auf die minimale soziale Sicherung gegen die Risiken sozial schwacher Menschen beschränken.

▲ Ein Teil der Bürgerverbände und der Sozialministerien favorisiert das Sozialversicherungssystem nach kontinentaleuropäischem Muster. Im Vergleich zu den Sozialversicherungssystemen Deutschlands und Frankreichs ist die Verantwortung des koreanischen Staats jedoch sehr eingeschränkt.

▲ Des Weiteren plädiert ein Teil der Gewerkschaften und der Parteien für einen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat nach skandinavischem Vorbild. Insbesondere drängen zivilgesellschaftliche Bürgerverbände wie beispielsweise die „Partizipationssolidarität“ sehr stark auf die Einführung eines Sozialhilfesystems für die niedrigen Einkommenschichten. In Korea fehlt es aber anders als in Nordeuropa an den sozialpolitischen Akteuren und Institutionen sowie den Voraussetzungen wie zum Beispiel starken Gewerkschaften und sozial eingestellten Parteien, die von einer breiten Arbeiterschaft unterstützt werden. Auch gibt es in Skandinavien eine relativ geringe Einkommensungleichheit und nicht zuletzt den Konsens der Bevölkerung, Einzelpersonen und Unternehmen mit hohen Steuern zu belasten.

**Charakter und Perspektive des koreanischen Wohlfahrtsstaats** | Die Debatte über den Charakter des koreanischen Wohlfahrtsstaats wurde hauptsächlich im Hinblick auf seine Wirkung seit der Regierung

unter *Kim Dae-jung* (1998-2003) geführt. In theoretischen Erklärungsversuchen über den Typus des koreanischen Wohlfahrtssystems lassen sich grob die folgenden drei Sichtweisen unterscheiden:

▲ Das Wohlfahrtssystem ostasiatischer Staaten wie Korea oder Japan wird als eine Variante des Wohlfahrtssystems des amerikanischen Liberalismus betrachtet (*Jo* 2002). Diese Sichtweise stützt sich auf die Tatsache, dass das koreanische Wohlfahrtssystem erst aufgrund der Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) entwickelt wurde und auf die Existenzsicherung durch die Gewährung von Mindestleistungen fokussiert war.

▲ Dem entgegen steht die Ansicht, wonach das koreanische Wohlfahrtssystem eine Mischform aus liberalistischen und konservativen Wohlfahrtssystemen darstellt (*Kim, Youn-Moung* 2002). Korea habe zwar die Flexibilisierung der Arbeit nach britisch-amerikanischem Muster betrieben, sich dabei aber auch an kontinentaleuropäischen Wohlfahrtssystemen orientiert.

▲ Schließlich wird der Standpunkt vertreten, dass das Wohlfahrtssystem Koreas und anderer ostasiatischer Staaten mit keinem der von *Esping-Andersen*<sup>1</sup> definierten Typen zu erklären sei, sondern eher als „produktivistische Sozialpolitik“ oder als „developmental

welfare regime“ zu betrachten sei (*Goodman* 1998, *Holliday* 2000). Diese Sichtweise basiert darauf, dass die Sozialpolitik in Korea noch immer eine untergeordnete Rolle gegenüber der Wirtschaftspolitik spiele.

Eine nähere Betrachtung zeigt, dass der koreanische Wohlfahrtsstaat Elemente von allen drei Typen in sich trägt. Ein sozialdemokratisches Element zeigt sich darin, dass der koreanische Wohlfahrtsstaat schließlich eine umfassende Krankenversicherung für alle Bevölkerungsteile eingeführt hat. Dass das koreanische Sozialversicherungssystem jedoch vorwiegend für qualifizierte und regulär Beschäftigte vorteilhaft ist, zeigt seinen konservativen Charakter. Und aufgrund der Tatsache, dass die privaten Versicherungen sehr entwickelt sind und hauptsächlich in Dienstleistungsbereichen neue Arbeitsplätze für Ungelernte entstanden sind, deutet auf den liberalistischen Charakter des koreanischen Wohlfahrtsstaats hin.

Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass der koreanische Wohlfahrtsstaat gleichzeitig einen konservativen und einen liberalistischen Charakter hat. Dies hat auch mit der speziellen Situation in Korea zu tun: Die Gewerkschaften sind nach Betrieben organisiert, ihr Organisationsgrad ist sehr niedrig und ihr politischer Einfluss daher nur gering, so dass die politische Basis zur Stärkung des Wohlfahrtssystems schwach ist. Darüber hinaus haben die regulär Beschäftigten in den Großunternehmen kein besonderes Interesse an einem Ausbau des Wohlfahrtsstaates, da sie bereits an den betrieblichen Wohlfahrtsleistungen partizipieren.

Weil in Korea die Machtressourcen zur aktiven Gestaltung des Wohlfahrtsstaats fehlen, wird die Debatte über einen „dritten Weg“ oder den „sozialen Investitionsstaat“ als unvermeidlicher Kompromiss zur Weiterentwicklung staatlicher Wohlfahrt angesehen. Einige Wissenschaftler plädieren für den „sozialen Investitionsstaat“ als notwendige Strategie und begründen dies damit, dass die Aufgaben von Wirtschaftswachstum und Wohlfahrtsentwicklung in Korea nur schwer miteinander vereinbar sind (*Kim, Youn-Moung* 2009). Die Kritiker bemängeln, dass der soziale Investitionsstaat nach koreanischem Muster die wirtschaftliche Entwicklung zum primären Ziel habe und deshalb der Ausbau des Netzes sozialer Sicherungen vernachlässigt werde. Das Sozialsystem diene in seiner jetzigen Form hauptsächlich der Mehrung

1 *Gösta Esping-Andersen* (1990) typisiert Sozialstaaten: 1) liberal-angelsächsisch: Bei diesem Typ dominieren die Marktlogik und private Absicherung. Sozialstaatsleistungen sind gering ausgeprägt und an Bedürftigkeitsprüfungen gekoppelt. Eine Lohnuntergrenze wird durch Mindestlöhne gesichert. Die USA gehören zu diesem Typ, der mit liberalen Marktwirtschaften zusammentrifft. 2) konservativ-kontinental-europäisch: Bei diesem Typ gibt es zusätzlich zur Grundsicherung Leistungen wie Renten oder Arbeitslosengeld, an Arbeit und vorherige Beiträge zu Sozialversicherungen gebunden. Konservativ ist im Sinne von „den Lebensstandard konservierend“ zu verstehen. Leistungen der Sozialversicherung werden nach dem Äquivalenzprinzip ausgezahlt, d.h. abhängig von der Höhe und Dauer zuvor entrichteter Beiträge. Deutschland gehört zu diesem Typ, der meist mit sektoral koordinierten Ökonomien einhergeht. 3) sozialdemokratisch-skandinavisches: Bei diesem Typ wird der Charakter von Arbeit als handelbare Ware weitgehend reduziert (dekommodifiziert) und durch staatlich garantierte Lohnersatzleistungen kompensiert. Das wird auch als universeller Sozialstaat bezeichnet. Neben monetärer Absicherung besteht ein dichtes Netz von sozialen Dienstleistungen, von aktiver Arbeitsmarktpolitik bis zu sehr guter Kinderbetreuung. Schweden gehört zu diesem Typ. Das Modell einer national koordinierten Ökonomie trifft meist mit diesem Sozialstaatsmodell zusammen.

beziehungsweise Aufrechterhaltung des Humankapitals zur Stärkung der Wirtschaft und vernachlässigte die sozial Schwachen (Kim, Young-Sun 2007). Die Befürworter des sozialen Investitionsstaats sagen hingegen, dass Sozialinvestitionen in Korea schließlich die Produktivität der gesamten Gesellschaft erhöhen würden und dass das Wachstum der Wirtschaft und des Wohlstandes nicht im Widerspruch zueinander stünden, sondern einander gegenseitig bedingen würden, zumal in Korea die Risiken der alten und neuen Gesellschaft gleichzeitig zu bewältigen seien (Kim, Yun-Tae 2010). In der neuerlichen Diskussion um den Ausbau des staatlichen Wohlfahrtssystems besteht in Korea weitgehend Konsens darüber, dass das Niveau nordeuropäischer Wohlfahrtsstaaten nicht in kurzer Zeit zu erreichen sei, weil hierzu die Steuern drastisch erhöht werden müssten. Derzeit beträgt das Steueraufkommen in Korea 23 Prozent des Bruttoinlandproduktes, ein im Vergleich zum Durchschnitt der OECD-Staaten (34 Prozent) und erst recht im Vergleich zu den skandinavischen Ländern (40 bis 50 Prozent) sehr niedriger Wert. Die Debatte um die Sozialinvestitionsstrategie, wie sie in den 2000er-Jahren noch rege geführt wurde, ist zu einer Auseinandersetzung über deren Finanzierung durch Steuererhöhungen geworden und mündet in der Frage, wer diese zu leisten hätte.

**Resümee |** Die Republik Korea wurde lange Zeit von autoritären Regimes geführt, was großen Einfluss auf die Gestaltung des Wohlfahrtsstaates hatte. Die Bevölkerung erhielt in den meisten Fällen keine staatlichen Sozialleistungen und so bildeten vor allem die Familien das Netz der sozialen Sicherheit. Parallel hierzu entwickelten sich vielfältige private Versicherungen. Daher wurde zwar der Zusammenhalt der Familien gestärkt, ein Solidaritätsbewusstsein zwischen den Schichten der Gesellschaft bildete sich jedoch kaum heraus. Während der Phase des dynamischen Wirtschaftswachstums von den 1960er-Jahren bis in die 1990er-Jahre gelang es vielen Menschen, sich aus der Armut zu befreien. Hierdurch bildete sich die weitverbreitete Überzeugung, dass Armut durch die Bemühungen des Individuums überwunden werden könne. Durch diese Haltung wurde die Bildung eines allgemeinen Solidaritätsgefühls behindert.

Unter dem Gewerkschaftssystem, das in Zeiten der autoritär-bürokratischen Regierungen (bis zur Demokratisierung 1987) zwangsweise nach Betrie-

ben organisiert wurde, spielte auch die Betriebswohl-fahrt eine wichtige Rolle, wobei die Sozialleistungen vorwiegend den Beschäftigten von Großunternehmen und in der Schlüsselindustrie zugutekamen. Da diese Form betrieblicher Wohlfahrt zunehmend an Gewicht gewonnen hatte, wurde das Wohlstandsgefälle zwischen den Beschäftigten von Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen noch größer. Diese Situation änderte sich auch nach der Demokratisierung in 1987 nicht grundlegend. Erst im Zuge der Bewältigung der Wirtschaftskrise von 1997, in der mehr als die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entweder arbeitslos wurden, in Kurzarbeit gingen oder irregulären Beschäftigungen nachgehen mussten, begann die Regierung Präsident Kim Dae-jungs unter dem Druck des IWF mit dem Ausbau der sozialen Sicherungssysteme nach westlichem Vorbild.

Das Niveau der Sozialausgaben ist in Korea im Vergleich zum Durchschnitt der OECD-Staaten immer noch sehr niedrig und noch immer haben viele Menschen keinen Anteil an der Arbeitslosen- oder Rentenversicherung. Auch liegt die öffentliche medizinische Versorgung in Korea im Vergleich zu fortgeschrittenen Industrieländern weit zurück. Auch die öffentlichen Ausgaben für Bildung sind vergleichsweise sehr niedrig und die privaten Aufwendungen sehr hoch. Das politische Bewusstsein über die Bedeutung sozialer Sicherungssysteme für die Entwicklung und den Zusammenhalt der Gesellschaft ist in Korea nicht besonders ausgeprägt. Das liegt zum Teil auch daran, dass es in Korea an starken Gewerkschaften fehlt, die einen Gegenpol zu den Interessenvertretern der Wirtschaft bilden könnten.

Ein Teil der konservativen Kräfte in Politik und Wirtschaft warnt eindringlich vor einem weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaats, da dies die Unternehmen zu sehr belasten und das Wirtschaftswachstum behindern würde. Dabei zeigt die Geschichte der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, dass die Wohlfahrtsausgaben nicht zwingend das Wirtschaftswachstum behindern, sondern es sogar fördern können, da die Produktivität der Arbeitnehmenden durch das Angebot der sozialen Sicherungsleistungen erhöht werden kann. Nach den Erfahrungen aus Schweden, Norwegen, Dänemark und Deutschland korrelieren die Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme und die hohe wirtschaftliche Produktivität positiv, weil sie gleichermaßen zum sozialen Frieden und zur gesellschaftlichen

Solidarität wie zu Entwicklung und Förderung der Humanressourcen in einer sich wandelnden Gesellschaft und Industriestruktur beitragen. Gerade aus diesen Gründen setzen sich in den westeuropäischen Staaten nicht nur die progressiven, sondern auch die konservativen Parteien für den Erhalt und Ausbau der Wohlfahrtssysteme ein.

In diesem Sinne ist ein politischer Bewusstseinswandel in Korea erst noch erforderlich. Dieser Wandel muss mit einer Debatte darüber einhergehen, wie das bislang propagierte produktive Wohlfahrtssystem am besten an die Bedingungen einer immer älter werdenden und sich von der Industrie- zur Dienstleistungswirtschaft wandelnden Gesellschaft zügig angepasst und gerecht finanziert werden kann. Die aktuell zu lösenden Probleme sind vielschichtig, zu ihnen gehören die Beseitigung des toten Winkels in den Sozialversicherungen und eine Anpassung der Versicherungsleistungen, die Bekämpfung der Altersarmut, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Männer und Frauen, die durch den industriellen Wandel arbeitslos werden. Die aufgezeigten Probleme erhöhen den Druck auf das koreanische Wohlfahrtssystem, das in seiner strategischen Zielrichtung wohl produktivistisch bleibt und seinen eigenen Weg beim Ausbau des sozialen Sicherungsnetzes und einer gerechten Verteilung des Reichtums sucht, ohne dabei die Autonomie und Kreativität des Individuums zu schwächen.

**Professor Yun Tae Kim**, PhD, lehrt Soziologie und Soziale Wohlfahrt an der Korea University in Seoul, Republik Korea. Er ist Direktor des Social Policy Center, Public Policy Institute, seiner Universität. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Transformation des Wohlfahrtsstaats, Armut, Ungleichheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. E-Mail: yunkim@korea.ac.kr

**Dr. Misun Han-Broich** ist Dipl.-Sozialarbeiterin, Beraterin und Lehrbeauftragte am Studiengang Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Berlin. E-Mail: misun@t-online.de

## Literatur

**Esping-Andersen**, Gösta: Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton 1990

**Goodman**, R.; Gordon, W.; Kwon, Huck-Ju (eds.): The East Asian Welfare Model: Welfare Orientalism and the State. London 1998

**Holliday**, I.: Productionist Welfare Capitalism: Social Policy in East Asia. In: Political Studies 4/2000, pp. 706-723

**Jo**, Young-Hun: Konfuzianismus, Konservatismus oder Liberalismus? Prüfung der Koreanischen Wohlfahrtstypen. In: Kim, Youn-Moung: Die Debatte über den Charakter des koreanischen Wohlfahrtsstaats I. Der Mensch und Wohlfahrt. 2002, S. 243-274

**Kim**, Youn-Moung: Die Debatte über den Charakter des koreanischen Wohlfahrtsstaats. Der Mensch und Wohlfahrt. 2002

**Kim**, Youn-Moung: Soziale Investition und Zukunft der koreanischen Sozialpolitik. Wie nützlich ist die Debatte über soziale Investition für die Strategie der Wohlfahrt- und Gesellschaftsentwicklung in der koreanischen Gesellschaft? Haus des Gedankenaustausches. 2009

**Kim**, Young-Sun: Ist der Soziale Investitionsstaat unsere Alternative? In: Wirtschaft und Gesellschaft 74/2007

**Kim**, Yun-Tae: Die Perspektive des koreanischen Wohlfahrtsstaates. Han-UI Akademie 2010

**Peng**, I.: The Political and Social Economy of Care in the Republic of Korea. Gender and Development Programme Paper Number 6. UNRISD, Geneva 2009